

land das Defizit aus eigenen Kräften decken kann. Nach dem Korrespondenten beabsichtigt die Regierung nicht, sich um eine Anleihe an Deutschland oder Amerika zu wenden. Die venizianischen Blätter sind überzeugt, daß die Regierung der finanziellen Schwierigkeiten nicht Herr werden könne, wenn England und Frankreich keine Anleihe gewähren.

Verhandlungen über die deutschen Einfuhrverbote.

Wien, 23. März.

Heute wird nachstehende Mitteilung verlautbart:

„Durch die in der letzten Zeit im Deutschen Reich erlassenen Verbote hinsichtlich der Einfuhr gewisser Waren wurde eine Reihe von Fragen aufgeworfen, deren rasche einverständliche Lösung sich als notwendig erwiesen hat. Es haben sich daher Vertreter der österreichischen und der ungarischen Regierung nach Berlin begeben, um mit den dortigen Regierungskreisen ein Einvernehmen in der Richtung zu erzielen, daß die mit den betreffenden Maßnahmen für einzelne Erwerbszweige verbundenen Härten behoben werden.“

Handelspolitisches Komitee der Beiräte des Handelsministeriums.

Wien, 23. März.

Heute hat unter dem Vorsitz des Obmannes Doktor Brojše in Anwesenheit des Handelsministers Doktor v. Spitzmüller eine Sitzung des handelspolitischen Komitees des Handelsministeriums stattgefunden, in welcher das Arbeits- und Beratungsprogramm und die Art und Weise der Durchführung der weiteren Beratungen erörtert und festgesetzt wurde. Das Arbeitsmaterial wurde zunächst in drei große Beratungsgruppen geteilt und es wurden hiefür Hauptreferenten bestellt, welche unter Führungnahme mit der Regierung und unter Beziehung von Fachmännern das Material zu bearbeiten und dem Komitee Berichte und Anträge zu erstatten haben. Zu Referenten für die Fragen der Zollpolitik und des Zolltarifs wurden die Mitglieder Dr. Carus und Ruffler, für die Verkehrsfragen die Mitglieder Doktor Polischer und Singer, für die Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Deutschen Reich die Mitglieder Geheimrat Dr. Baernreither und Generaldirektor Günther gewählt.

Die Vereinigung aller polnischen Parteien im Polenklub.

Wien, 23. März.

In den Räumen der Wiener Handels- und Gewerbekammer hat sich heute ein für die innere Politik höchst interessantes Ereignis vollzogen. Die polnischen Sozialdemokraten sind in den Polenklub eingetreten. Im Klub, der nunmehr sechsundsiebzig Reichsratsabgeordnete zählt — der Obmann Herrenhausmitglied Ritter v. Bilinski gehört seit seiner Ernennung zum gemeinsamen Finanzminister nicht dem Abgeordnetenhaus an — vereinigt jetzt alle im polnischen Volke vertretenen Parteien und politischen Richtungen. Die Parteiverhältnisse bei den Polen haben sich stets von denen der anderen Nationen Oesterreichs unterschieden. Der Polenklub hat von jeher das politische Ziel verfolgt, in seiner Mitte alle Partischattierungen zu vertreten und im Parlament so das Gewicht des ganzen Polentums geltend zu machen. Während bei den anderen Nationen die Bildung der parlamentarischen Parteien mehr und mehr nach sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgte, blieb die Vertretung der Polen im Abgeordnetenhaus in erster Reihe eine nationale. Im Kurienparlament galt es als selbstverständlich, daß jeder gewählte polnische Abgeordnete dem Polenklub angehöre. Erst als mit der fünften Kurie und später nach dem allgemeinen Wahlrecht neue breite Wählerschichten zu Worte kamen, entstanden polnische Parteien außerhalb des Polenklubs: die Vertreter der Arbeiterschaft und die Bauernpartei, die dann unter der Führung des Abgeordneten Stapinski eine größere Anzahl von Mandaten erlangte. Die Sozialdemokraten blieben außerhalb des Polenklubs. Dagegen trat Abgeordneter Stapinski mit seiner Volkspartei in den Polenklub ein und erst nach dem Zwiste zwischen dem Minister Dlugosz und Abgeordneten Stapinski stellten sich einige dem letzteren treu gebliebene bäuerliche Abgeordnete außerhalb des Polenklubs.

Als der Krieg ausbrach, vereinigten sich alle polnischen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten im Obersten polnischen Nationalkomitee. Diese Organisation hatte den Zweck, die polnischen Legionen zu schaffen und zu erhalten und sollte gleichsam die Hoffnungen verkörpern, die die Polen für ihre Nation an den Ausgang des Krieges knüpfen. Später entstanden Meinungsverschiedenheiten im Nationalkomitee, die ostgalizischen Konservativen schieden aus, überdies kam es zu gegensätzlichen Auffassungen zwischen Polenklub und Nationalkomitee über die Kompetenzabgrenzung. Nach den großen Siegen der Zentralmächte über Rußland, welche das russische Kongreß-Polen in die Hände der Monarchie und des Deutschen Reiches brachten, machte sich bei den Polen der Wunsch geltend, in dieser für die Zukunft ihrer Nation so bedeutungsvollen Zeit alle Organisationen und Parteien zu einer Einheit zusammenzufassen.

Der Obmann des Polenklubs Ritter v. Bilinski führte die Einigungsverhandlungen und es kam zunächst mit dem Obersten polnischen Nationalkomitee eine Vereinbarung zustande. Danach wird der Obmann des Polenklubs zugleich Obmann des Nationalkomitees sein, als stellvertretender Obmann des Nationalkomitees soll dessen bisheriger Obmann Ritter v. Jaworski in Krakau die Geschäfte führen, die von nun ab ausschließlich in der Sorge für die polnischen Legionen bestehen wird. Die politische Leitung der polnischen Angelegenheiten wird aus-